

Zeit für Protest

Parteizeitung der REPUBLIKANER – Ausgabe Mai 2008 (Nr. 05/08)

Sie haben dieses Land wiederaufgebaut und das Wirtschaftswunder geschaffen. Sie haben ihr Leben lang hart gearbeitet und treu und brav Beiträge gezahlt. Aber weil Politiker schlecht wirtschaften und das Geld der Steuer- und Beitragszahler verplempern, sollen sie kollektiv zum Sündenbock gemacht werden: unsere Rentner.

Rentner sind keine Sündenböcke

Selbst ein Alt-Bundespräsident Roman Herzog ist sich nicht zu schade, vor einer angeblichen „Rentner-Demokratie“ und einer drohenden „Ausplünderung der Jüngeren durch die Älteren“ zu warnen. Richtig ist nur: Angesichts der demographischen Talfahrt der Deutschen wird die umlagefinanzierte Rente nicht mehr lange funktionieren.

Das ist längst bekannt; die Republikaner haben bereits vor über zehn Jahren ein Reformkonzept vorgelegt. Doch statt rechtzeitig den notwendigen Umbau anzupacken, hat die Politik mit Riester-Rente und Nullrunden Beitragszahlern und Rentnern immer neue Lasten aufgebürdet, ohne dabei die grundlegenden Probleme zu lösen.

Tatsächlich werden die Jüngeren aber nicht von den Älteren ausgeplündert, sondern beide zusammen von unfähigen und kurzsichtigen Politikern, die mit dem Geld der Bürger verantwortungslos wirtschaften.

Die Rentner sollen wieder einmal ausbaden, was Politiker verbockt haben. Das wollen wir ändern!



Tag der Senioren



Die Geldverbrenner

Der Geldhunger der großen Koalition ist unersättlich. Obwohl die Steuereinnahmen des Bundes dank der größten Steuererhöhungsorgie in der Geschichte der Bundesrepublik steil nach oben gehen, kommt die Merkel-Regierung mit dem Geld nicht aus. Und die versprochene Haushaltssanierung verschwindet in weite Ferne.

200 Milliarden Euro hat der Bund noch 2006 eingenommen, 230 Milliarden waren es im Jahr darauf. Im Jahr 2009 darf der Bund gar mit 250 Milliarden rechnen. Doch mit dem Geldsegen wächst die Maßlosigkeit der Minister: Vierzig Milliarden mehr, als die Finanzplanung für die nächsten Jahre vorsieht, haben Steinbrücks Kollegen angemeldet.

Da wird auch Steinbrücks Drohung mit der Haushaltssperre für besonders verschwenden-

süchtige Minister nichts helfen. Zusatzeinnahmen wenigstens zur Schuldentilgung zu verwenden, ist für Politiker offenbar so schwierig wie für Hunde das Anlegen eines Wurstvorrates. Der einzige Weg, um den Haushalt in Ordnung zu bringen und die Bürger von den immer drückender werdenden Lasten zu befreien, ist und bleibt: Staatsausgaben senken, keine Wahlgeschenke und ideologischen Projekte, einfaches und transparentes Steuersystem. Sonst machen die Bürger bald nicht mehr mit.

Europakongreß in Rosenheim –

die Republikaner sind dabei!

 Euroregionale Kommunal

Wohin führt der Weg Europas?

Unter diesem Motto wird am Samstag, 21. Juni 2008, ein internationaler Europakongreß im Kultur- und Kongreßzentrum Rosenheim stehen.

Namhafte europäische Politiker und Europaabgeordnete werden unter verschiedenen Aspekten die Zukunft Europas aus rechtsdemokratischer Sicht beleuchten. Von deutscher Seite werden die Republikaner an diesem Kongreß, zu dem rechtsdemokratische und patriotische Politiker aus mehreren Ländern erwartet werden, teilnehmen.

Interessierte können sich schon jetzt bei der Bundesgeschäftsstelle der Republikaner anmelden:
Telefon (0 1805) 737-000, Fax (0 1805) 737-111, info@rep.de, www.rep.de.

Aufgrund der absehbar hohen Nachfrage steht nur eine begrenzte Anzahl an Einlaßkarten zur Verfügung.

Kommentar ...

Leere Versprechen

Alle reden vom Aufschwung.
Aber wo ist er?



Der Konsum schleppt sich dahin, der Einzelhandel klagt. Der Fachhandel, besonders in den ländlichen Gegenden und in der Peripherie der Städte, geht kaputt. Die Wirtschaft leidet unter EU-Gesetzen und horrenden Sozialabgaben. Der Exporthandel stöhnt unter der Last des schwachen Dollars und die Banken leiden unter der Immobilienkrise in Amerika.

Aber es geht aufwärts in Deutschland und davon soll auch der Rentner profitieren. Mit einer Rentenerhöhung von 1,1 Prozent – und das bei einer Steigerung der Lebenshaltungskosten von 3,1 Prozent.

Der beste Rechenkünstler kann da nichts schönrechnen. Auch die Politik rechnet und weiß nicht, wieviel dieses „großzügige Geschenk“ an die Rentner tatsächlich kosten wird oder wie es finanziert werden soll.

Seltsam: Für Einsätze und Truppenverstärkungen im Hindukusch und sonst wo auf der Welt ist immer Geld da. Keiner fragt nach den Kosten, wenn es darum geht, Amerika zu dienen.

Im eigenen Land, bei den eigenen Bürgern, gibt es dagegen Bedenken, die man nur überwindet, weil demnächst Wahlen anstehen. Rentner sind zuverlässige Wähler, also Versprechen machen, damit sie das auch bleiben.

Es wird Zeit für eine Partei, die hält was sie verspricht und nichts verspricht, was sie nicht halten kann.

Es ist Zeit für die Republikaner.

Ihre Seniorenbeauftragte
Rosemarie Lämmer

Globalisierung mit Augenmaß

Globalisierung ist kein Naturgesetz, sondern menschlich gewollt. Schrankenlos dient sie nicht der Allgemeinheit, sondern den internationalen Konzernen. Alleine wegen unserer Rohstoffabhängigkeit sind wir natürlich auf den Außenhandel angewiesen – aber bitte mit Augenmaß.

Seit Jahren steigen die Preise schneller als die Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer, und zwar zwischen 2000 und 2006 um jährlich 0,7 Prozent. Hinzu kommt in den letzten zehn Jahren noch eine jährliche Zunahme der Arbeitsproduktivität von 1,75 Prozent im Schnitt. Kein Wunder also, daß die Konsumnachfrage viel zu niedrig ist.

Gestiegen sind jedoch die Gewinne der Konzerne, so z. B. zwischen 2004 und 2006 um 8,8 Prozent pro Jahr. Trotzdem ist jedoch die Investitionsneigung weiterhin relativ schwach, zumal wegen der

anhaltenden Arbeitsplatzverlagerung in Niedriglohnländer, was mit den rückläufigen Reallohnen zweifellos unseren Export beflügelt.

So betrug im Jahr 2006 unsere Direktinvestitionen im Ausland mit 63 Mrd. Euro fast das Doppelte der ausländischen bei uns.

Trotz gestiegener Exporte trug der Außenhandelsüberschuß 2006 mit 126 Mrd. Euro lediglich zu sieben Prozent zum Volkseinkommen bei, der private Konsum jedoch zu 77 Prozent. Also müsste man durch maßvolle Lohnerhöhungen die



Konsumnachfrage erhöhen. Lohnerhöhungen verstärken jedoch in vielen Branchen die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland.

Deshalb hat schon vor ca. 190 Jahren der deutsche Nationalökonom Friedrich List gefordert, daß man nur mit etwa gleichentwickelten Volkswirtschaften unbeschränkt globalisieren, d.h. Zölle und Kontingente völlig abbauen sowie freien Kapitalverkehr und Freizügigkeit der Arbeitskräfte unbeschränkt gewähren könne. Als Ergebnis entstand 1834 der Deutsche Zollverein.

In einem einheitlichen Wirtschaftsraum müssen gewisse Mindeststandards in der Fiskal-, Sozial-, Umwelt- und Währungspolitik eingehalten werden. Das schließt die Ausdehnung auf Billiglohnländer, wie z.B. Rumänien, im Grunde aus.

93 Prozent unserer Außenhandelsüberschüsse 2006 erzielten wir übrigens mit den Ländern der Europäischen Währungsunion, den USA und England. Mit China dagegen hatten wir ein Defizit von 22,5 Mrd. Euro zu verzeichnen.

Jürgen Diethelm

Wer integriert wen?



„Integration beginnt im Kindergarten“ – eine Binsenweisheit. Fragt sich bloß, wer wen integriert:

Türkische Kinderfeste mit türkischen Popmusikern, islamisch-korrekte Verpflegung in der Ganztagsbetreuung, der geschlossene Besuch eines evangelischen Kindergartens in einer Moschee der von Ankara ferngesteuerten „Ditib“ – das sind Beispiele für eine falsch verstandene „Integration“, die den Einheimischen die Anpassung an die Einwanderer abverlangt statt umgekehrt.

„Es werden offensichtlich alle Anstrengungen unternommen, die Deutschen auf die zukünftige Mehrheitsgesellschaft des Ruhrgebiets auszurichten“, kritisiert Arnd Schubeus, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Republikaner im Rat der nordrhein-westfälischen Stadt Herne.

„Es zeigt sich erneut, daß ‚Integration‘ in Deutschland eine Einbahnstraße ist. Anstatt die existierenden Parallelgesellschaften zu bekämpfen und eine Anpassung an die westliche Werteordnung zu vermitteln, findet eine Anpassung an die Sitten und Gebräuche der Einwanderer statt.“

Das Beispiel Kosovo zeige, was geschehen könne, wenn die ehemalige Mehrheitsbevölkerung zur Minderheit im eigenen Land werde, warnt Schubeus.

Unter dem Motto „Kosovo 2008 – Ruhrgebiet 2028“ wollen die Herner Republikaner deshalb eine Aufklärungskampagne starten, in der die fatalen Folgen einer falschen „Integrations“-Politik aufgezeigt werden.

Marx – Engels – Lenin – Lafo.

Da weiß man doch gleich, was man hat: Oskar Lafontaine will dafür sorgen, daß wesentliche Teile des „Kommunistischen Manifestes“ in das Parteiprogramm seiner SED-PDS-„Linkspartei“ übernommen werden.

Man reibt sich die Augen. Immerhin sind im Namen des Kommunismus weltweit an die hundert Millionen Menschen ermordet worden. Von den Gefolterten, Entrechteten, Unterdrückten, ihrer Freiheit Beraubten ganz zu schweigen. Schöne Vorbilder!

Aber ein Oskar Lafontaine schämt sich nicht. „Die Sätze des Kommunistischen Manifestes sind doch hochaktuell“, behauptet er. Für Ewiggestrige wie Oskar Lafontaine und seine Kommunistentruppe mag das ja stimmen. Für alle anderen gilt: **Wehrt den Anfängen – zwei totalitäre Diktaturen auf deutschem Boden waren schon mehr als genug.**



Die Preise explodieren

3,1 Prozent! Im März hat die Inflation in Deutschland einen neuen Rekord erreicht. Vor allem Lebensmittel, Benzin und Heizenergie werden immer teurer und bewirken, daß ein immer größerer Teil der arbeitenden Bevölkerung sich kaum noch etwas leisten bzw. vom Arbeitslohn leben kann.

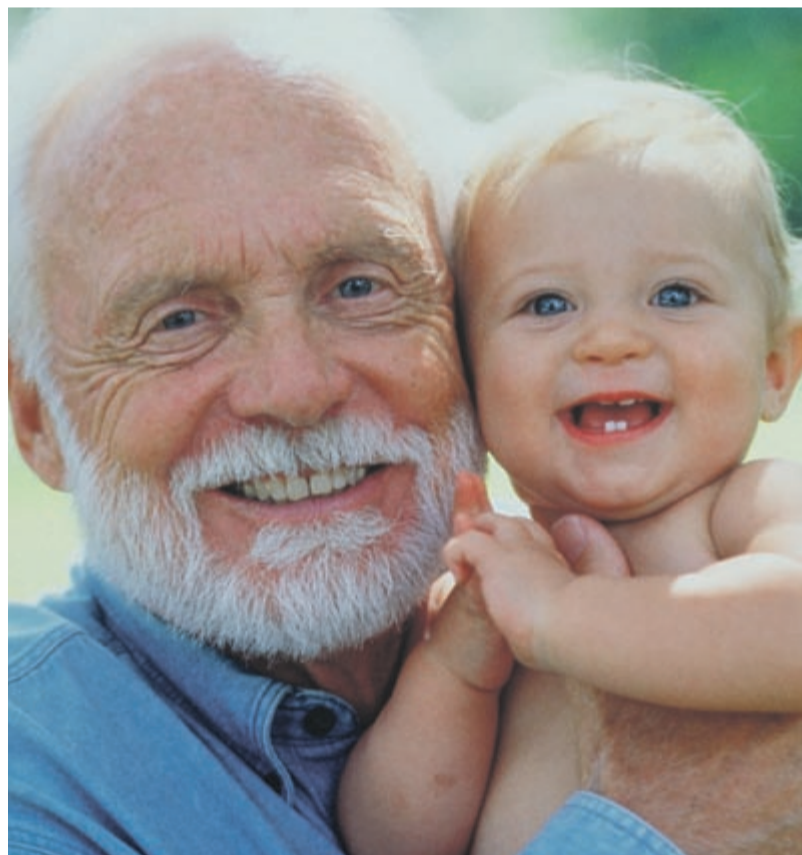
Die Antwort derer, die gern von „sozialer Gerechtigkeit“ reden – damit aber meistens nur meinen, daß sie den Bürgern möglichst viel Geld abknöpfen und nach eigenem Gutdünken verteilen wollen – ist einfach: Dann müssen eben die Transferleistungen erhöht werden. Auch die große Koalition folgt mit ihrer Wohngeld-Erhöhung dieser Logik. Was aber ist mit den Klein- und Durchschnittsverdienern, denen niemand einen Ausgleich für

die steigenden Belastungen gibt? Die müssen eben noch mehr sparen und noch härter arbeiten, denn sie müssen ja auch noch die Gelder aufbringen, die der Staat zusätzlich verteilen will.

Das Beste, was der Staat angesichts explodierender Energie- und Lebensmittelpreise für die gebeutelten Bürger tun kann, ist daher, seinen Durst auf Steuern und Abgaben zu mäßigen.

Rezepte gegen den Rentenklau

Unser Rentensystem ist den demographischen Veränderungen der Zukunft nicht mehr gewachsen. Immer weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr ältere Menschen aufkommen, deren Lebenserwartung zudem kontinuierlich steigt. Das ist seit langem bekannt. Nur die Politiker der Altparteien wollen das Problem nicht sehen und reden den Rentnern einen Komplex ein, als wären sie daran schuld!



Jeder Statistiker, jeder Bevölkerungswissenschaftler weiß seit langem: Die Rente ist nicht demographiesicher. Heute kommen auf 100 Einwohner im

erwerbsfähigen Alter 42 ältere Menschen über 60; bis zur Jahrhundertmitte werden es 80 bis 90 sein. Bleibt es beim gegenwärtigen System der

Rentenfinanzierung, müßten bis dahin entweder die Beiträge verdoppelt oder die Renten halbiert werden. Beides wird nicht funktionieren.

Bisher hat die Bundespolitik, egal ob Schwarz-Gelb, Rot-Grün oder Schwarz-Rot, nur hier und da ein bißchen mit den Stellschrauben gespielt oder abenteuerlich mit den Finanzen jongliert und den Bürgern dann weisgemacht, die Rente sei sicher.

Eine Lüge.

Um die Rente zukunftsicher zu machen, reicht es nicht, mal den Rentnern die Bezüge zu kürzen und mal die Beitragszahler stärker zu schröpfen. Notwendig ist ein grundlegender Systemwechsel. Die Republikaner haben schon 1997 Eckpunkte für eine solche Reform vorgelegt:

Die umlagefinanzierte Rente, bei der die laufenden Beitragseinnahmen sofort wieder an die jeweiligen Rentner ausgezahlt werden, muß auf eine Grundsicherung beschränkt werden und um ein starkes

kapitalgedecktes Standbein erweitert werden, um von der schrumpfenden Bevölkerungszahl unabhängiger zu werden.

In den Aufbau dieses Kapitalstocks müssen neben einem Teil der Rentenbeiträge auch Erträge aus der Verwertung öffentlichen Vermögens, beispielsweise aus dem Verkauf von Goldreserven der Bundesbank, fließen.

Versicherungsfremde Leistungen, mit denen die Politik die Kosten der Einheit und die Finanzierung sozialpolitischer Geschenke an alle Welt allein den Lohnempfängern aufbürdet, müssen konsequent aus der Rentenversicherung herausgenommen und nach gründlicher Überprüfung von allen getragen oder aber gestrichen werden.

In den Neunzigern, als die Republikaner ihr Konzept vorlegten, wäre der Umstieg leichter zu bewerkstelligen gewesen. Jetzt drängt die Zeit – es ist schon fast fünf Minuten nach zwölf.

Der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim hat für diese skandalösen Verhältnisse klare Worte: „Wenn Personen an der Erstellung von Gesetzentwürfen mitarbeiten und von Unternehmen bezahlt werden, die von diesen Gesetzen auch noch profitieren, dann ist das Korruption.“

Einsparungen sollen der Grund für diese dubiose Praxis sein,

die unter Rot-Grün ausgeweitet wurde. Freilich: Wozu bräuchte man überhaupt noch Politiker und Staatsbeamte, wenn die Interessenvertreter ihre Gesetze gleich selbst schreiben?

Staat und Privatinteressen müssen wieder streng getrennt werden. Das gilt im übrigen auch für die Unsitte, hohe Beamtenstellen nur noch nach Parteibuch zu besetzen.

Kommentar ...

Mega-Flop Gesundheitskarte

Ende des Jahres soll sie kommen: Die „elektronische Gesundheitskarte“. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß das Projekt nicht hält, was es verspricht. „Ullas Mogelpackung“ hat das Zeug, zum Flop des Jahrzehnts zu werden.



Wichtige Fragen wie der Schutz vertraulicher Patientendaten vor dem Zugriff Unbefugter sind noch immer nicht zufriedenstellend geklärt. Die Kosten für die Entwicklung der erforderlichen Computer-Infrastruktur schießen derweil in die Höhe. Und im Pilotversuch erweist sich zunehmend, daß das ganze Konzept nicht praxistauglich ist.

So haben die Flensburger Ärzte den Modellversuch weitgehend eingestellt, weil insbesondere ältere und behinderte Patienten mit der sechsstelligen Geheimnummer überhaupt nicht zurechtkommen.

„Außer Spesen nichts gewesen“, prophezeit der bayerische Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende der Republikaner Johann Gärtner als absehbares Ergebnis der Einführung der „elektronischen Gesundheitskarte“. Seine Partei unterstütze deshalb die Aktion „Stoppt die elektronische Gesundheitskarte“.

Sinnvoller sei es, das bisherige Kartensystem beizubehalten und zum Schutz vor Mißbrauch die Karten zusätzlich mit einem Paßfoto auszustatten. Das ließe sich ohne enorme Zusatzkosten im Rahmen der routinemäßigen Erneuerung der Karten bewerkstelligen.

Lobby-Republik Deutschland?

Der Bundesrechnungshof brachte es an den Tag: Mindestens 108 Lobbyisten, die von privaten und öffentlichen Unternehmen, von Verbänden oder Gewerkschaften bezahlt wurden, haben zwischen 2004 und 2006 in mehreren Berliner Ministerien gearbeitet und auch beim Verfassen von Gesetzesentwürfen mitgewirkt.

Einsparungen sollen der Grund für diese dubiose Praxis sein,

Satire

Michel meint ...



Ein Gedicht zum Nachdenken

Wer unbedacht ein Fremdwort wählt
und deutsches Wort für ihn nicht zählt,
wer happy sagt und glücklich meint
und sunshine, wenn die Sonne scheint,
wer hot gebraucht anstelle heiß,
know how benutzt, wenn er was weiß.

Wer sich mit sorry kühl verneigt
und shows abzieht, wenn er was zeigt,
wer shopping geht, statt einzukaufen
und Jogging sagt zum Dauerlaufen,
der bleibt zwar fit, doch merkt zu spät,
wenn er kein Wort mehr Deutsch versteht.

Maulkorb für Schengen-Kritiker

Offiziell ist das Thema tabu, doch die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Seit der Erweiterung des Schengen-Raumes und dem Wegfall der Grenzkontrollen nach Polen und der Tschechei hat die Kriminalität in den Grenzgebieten drastisch zugenommen. Die Innenminister halten die Zahlen unter Verschluss.

Nicht nur die Anwohner in Sachsen und Brandenburg können ein Lied davon singen, auch die Gewerkschaft der Polizei bestätigt: Vor allem Autodiebstähle und Einbrüche sind seit der Grenzöffnung häufiger zu verzeichnen. In Sachsen werden Sonderkommissionen gebildet, um die ausufernde Kriminalität in den Griff zu bekommen.

Doch weil nicht sein kann, was nicht sein darf, weigern sich die Innenminister von Bund und Ländern, die Zahlen auf den Tisch zu legen. Dabei wird alles genau erfaßt, kritisiert der Bund Deutscher Kriminalbeamter. Wenn die Innenminister sich um die Veröffentlichung drücken, heißt das: Sie wollen eine Fehlentscheidung vertuschen und die Diskussion darüber ersticken!

Deshalb fordern die Republikaner, alle Statistiken offenzulegen, damit die Bürger sich selbst ihr Urteil bilden können.



Grün-schwarze

Die Union wird Mehrheitsbeschaffer und Steigbügelhalter der Grünen – das ist das Ergebnis der grün-schwarzen Koalitionsverhandlungen in Hamburg. Und landauf, landab stehen weitere wendige Opportunisten in CDU und CSU bereit, um bei der Zeitgeistpartie nach linksaußen mitzuspielen.

Offenbar ist es Unionspolitikern wie Ole von Beust völlig egal, welche politischen Inhalte sie vertreten, solange sie nur an der Macht bleiben. Nun wird ein CDU-Bürgermeister die Schwulenfahne vor dem Rathaus hissen, homosexuelle „Aufklärung“ für Jugendliche an den Schulen fördern und den Einwandereranteil an den öffentlich Bediensteten schrittweise auf zwanzig Prozent erhöhen. Ob die CDU-Wähler dafür an die Urne gegangen sind?

In allen gesellschaftlich relevanten Fragen haben die Grünen sich durchgesetzt. Die CDU be-

Abwege

kommt dafür gerade mal ein paar Verkehrsprojekte. Leid tun können einem die Hamburger Schulkinder, die die Gesinnungslosigkeit der CDU ausbaden müssen. Sie werden zu Versuchskaninchen von erwiesenermaßen unsinnigen linken Bildungsexperimenten, wie der sechsjährigen Grundschule, gemacht.

Und in Hessen umwirbt Wahlverlierer Koch seit Wochen seinen Lieblings-Wahlkampfgegner, den Grünen-Chef Al-Wazir, damit der ihm per „Jamaika-Koalition“ den Ministerpräsidentensessel rettet.

Gesinnungslosigkeit, dein Name ist CDU.

Milbradt geht – die Probleme bleiben

Wer glaubt, mit dem Rücktritt des Pannen-Ministerpräsidenten Georg Milbradt sei die Krise überstanden, der irrt.

Schließlich hat nicht die Einzelperson Milbradt die Landesbankenaffäre verschuldet, sondern ebenso ein gewaltiger Teil der CDU-Führung.

Korruption, Vetternwirtschaft, Kungelei und Skandale breiten sich rasant in der sächsischen Politik aus, und die CDU ist nicht etwa das Heilmittel, sondern einer der Nährböden dafür. Mit dem Rücktritt Milbradts und dem Nachrücken eines neuen, vermeintlich saubereren Politikers soll dem Wähler der Eindruck vermittelt werden, man könne der CDU wieder vertrauen.

Parteilpolitische Spielchen stehen jeder vernünftigen Lösung der Probleme im Freistaat im Wege. Das wird mit der CDU so sein, erst recht aber mit den Linken und der SPD.

Die Alternative wird im kommenden Jahr die Wahl der Republikaner sein.

Wir werden den Scherbenhaufen aufkehren, den die CDU hinterlassen wird, und den konservativen Deutschen endlich wieder eine Stimme im Parlament geben.

Toralf Grau

Absender nicht vergessen!

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefonnummer

- Ich wünsche weitere Informationen.
- Ich möchte Mitglied werden.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

Nutzen Sie Ihren Informationsgutschein!



Einfach ausschneiden, ausfüllen, einkuvertieren und absenden an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER
Bundesverband
Postfach 520129
48087 Münster

Spendenkonto:

Postbank Dortmund
Konto-Nr. 387450460
BLZ: 44010046

SO ERREICHEN SIE UNS:



Telefon: (0 18 05) 737-000

Telefax: (0 18 05) 737-111

E-Mail: info@rep.de

www.rep.de

Impressum

DIE REPUBLIKANER, Bundesverband
Postfach 870210, 13162 Berlin
Telefon (0 18 05) 737-000 (14 ct./min.), Fax (0 18 05) 737-111 (14 ct./min.)
E-Mail: info@rep.de, Internet: www.rep.de
V.i.S.d.P.: U. Winkelsett